Allgemeine Deutsche Binnen-Transportversicherungs-Bedingungen (ADB 1963)

§ 1

Umfang der Haftung

1. Der Versicherer trägt, soweit nicht ein anderes bestimmt ist, alle Gefahren der Beförderung zu Lande, auf Binnengewässern oder mit Luftfahrzeugen, denen die Güter während der Dauer der Versicherung ausgesetzt sind.
2. Der Versicherer ersetzt im Rahmen dieser Bedingungen:
 - a) Verlust oder Beschädigung der versicherten Güter als Folge einer versicherten Gefahr,
 - b) den Beitrag, den der Versicherungsnehmer oder Versicherte zur großen Havarie nach gesetzmäßig bzw. nach den Rhein-Regeln Antwerpen-Rotterdam 1956 aufgemachter und von der zuständigen Dispatchprüfungsstelle anerkannter Dispatche zu leisten hat, sofern durch die Havarie-Maßregel ein dem Versicherer zur Last fallender Schaden abgewendet werden sollte,
 - c) Aufwendungen zur Abwendung oder Minderung des Schadens bei Eintritt des Versicherungsfalles und Kosten der Schadenfeststellung durch Dritte, nicht jedoch sonstige Aufwendungen und Kosten.

§ 2

Ausschluß und Beschränkung der Haftung

1. Ausgeschlossen sind folgende Gefahren:
 - a) die Gefahren des Krieges, Bürgerkrieges oder kriegsähnlicher Ereignisse und die Gefahren, die sich unabhängig vom Kriegszustand aus der Verwendung oder dem Vorhandensein von Minen, Torpedos, Bomben oder anderen Kriegswerkzeugen ergeben,
 - b) die Gefahren der Kernenergie und Radioaktivität,
 - c) die Gefahren des Aufruhrs, der Plünderung, politischer Gewaltthandlungen oder sonstiger bürgerlicher Unruhen, des Streiks, der Aussperrung, Sabotage, Beschlagnahme, Entziehung oder sonstiger Eingriffe von hoher Hand,
 - d) die Gefahren des Diebstahls, der Unterschlagung oder des Abhandenkommens bei Transporten auf Binnengewässern,
 - e) diejenigen Gefahren, gegen welche die Güter anderweitig versichert wurden (z. B. Feuer); der Versicherungsnehmer ist verpflichtet, dem Versicherer auf Verlangen alle ihm über die anderweitige Versicherung zur Verfügung stehenden Nachweise zu liefern.
2. Ausgeschlossen sind folgende Schäden:
 - a) Schäden, verursacht durch die natürliche oder mangelhafte Beschaffenheit der Güter, durch inneren Verderb, Schwinden, Austrocknen, Verstreuen, Untermaß, Untergewicht, Rost, Oxydation, Schimmel, Gärung, Fäulnis, Geruchsannahme, Selbstentzündung, Leckage, Bruch, Verbiegen, Verbeulen, Verkratzen, Verschrammen, Farb-, Lack- oder Emailleabspaltung, durch Ungeziefer, Ratten oder Mäuse, durch Frost, Hitze, Luftfeuchtigkeit oder Schiffsschweiß, durch Reißen oder Platzen der Säcke, es sei denn, daß diese Schäden als unmittelbare Folge höherer Gewalt, eines Brandes, eines Blitzschlages, einer Explosion oder eines dem Transportmittel zugestoßenen Unfalles vom Versicherungsnehmer nachgewiesen werden,
 - b) Schäden, verursacht durch Konstruktions-, Fabrikations- oder Materialfehler,
 - c) Schäden, verursacht durch Fehlen oder Mängel handelsüblicher Verpackung sowie bei Selbstverladung durch den Versicherungsnehmer durch mangelhafte oder unsachgemäße Verladeweise,
 - d) Schäden, verursacht durch die Verladung der Güter in offenen, nicht ordnungsgemäß bedeckten Eisenbahnwagen oder sonstigen Landfahrzeugen, in offenen Schiffen, auf Deck oder als Oberlast,
 - e) Schäden, verursacht durch Verstöße gegen Zoll- oder sonstige behördliche Vorschriften, ferner gegen Versandvorschriften oder Vorschriften des Beförderungsunternehmens sowie durch gerichtliche Verfügung oder ihre Vollstreckung.
3. Konnte nach den Umständen des Falles ein Schaden aus einer oder mehreren der in Abs. 1 und 2 bezeichneten Ursachen entstehen, so wird bis zum Nachweis des Gegenteils durch den Versicherungsnehmer vermutet, daß der Schaden daraus entstanden ist.

§ 3

Besondere Fälle

- Beschädigte Güter, lose verladene Güter und Vorreise-Güter
1. Der Versicherer haftet nicht für Beschädigung oder Teilverlust von Gütern, wenn sie oder ihre Verpackung bei Beginn der versicherten Reise beschädigt sind; bei Totalverlust haftet er nur nach ihrem wirklichen Versicherungswert bei Beginn der versicherten Reise.
 2. Lose verladene Güter (Schüttgüter) und Güter, deren Vorreise nicht durch diese Versicherung gedeckt ist, sind nur gegen Schäden versichert, die durch höhere Gewalt, Brand, Blitzschlag, Explosion oder einen dem Transportmittel zugestoßenen Unfall entstanden sind.
 3. a) Der Versicherer haftet für die Kosten der Schifffahrt, wie Einschleppkosten, Hafengelder, Bewachungskosten, Leichter- und Ausladekosten wegen Niedrigwasser oder für Auseisungskosten nur mit dem auf die versicherten Güter entfallenden Beitrag für diese Kosten nach gesetzmäßig bzw. nach den Rhein-Regeln Antwerpen-Rotterdam 1956 aufgemachter und von der zuständigen Dispatchprüfungsstelle anerkannter Havarie-grosse-Dispatche. Der Versicherer haftet jedoch für Einschleppkosten in den Winterhafen, dort entstehende Hafengelder, Bewachungskosten, und dergleichen nur dann, wenn hierfür eine Zuschlagprämie (Winterzuschlag) vereinbart worden ist. Frachtzuschläge oder Nebengebühren, die vom Frachtführer unter der Bezeichnung Überliegegelder, Winterstandsgelder und dergleichen erhoben werden, gehen nicht zu Lasten des Versicherers.
Für Reisen auf den Haffen, den pommerschen Küstengewässern, der Weichsel, allen nördlich und östlich dieses Stromes gelegenen Gewässern und auf der Brahe sind besondere Vereinbarungen zu treffen.
 - b) Ist die Schifffahrt durch Eis, Hochwasser oder niedrigen Wasserstand geschlossen und wird in dieser Zeit das Gut eingeladen, so ruht die Versicherung ab erfolgter Einladung und beginnt erst wieder mit der Eröffnung der Schifffahrt.
 - c) Ist die Schifffahrt durch Eis, Hochwasser oder niedrigen Wasserstand behindert oder geschlossen und müssen die Güter im Fahrzeug lagern, so ist eine angemessene Zuschlagprämie (Standprämie) zu zahlen. Der Versicherungsnehmer ist verpflichtet, diese Behinderungen dem Versicherer unverzüglich anzuzeigen.

§ 4

Eignung des Fahrzeuges

1. Die Versicherung gilt nur bei Benutzung eines Fahrzeuges, welches die für die Aufnahme und Beförderung der betreffenden Güter erforderliche Eignung besitzt, worüber der Nachweis auf Verlangen des Versicherers vom Versicherungsnehmer zu führen ist.
2. Dieser Nachweis gilt für Schiffe als erbracht, wenn das Fahrzeug vom Germanischen Lloyd oder einem anderen anerkannten Klassifikationsregister, der Internationalen Vereinigung des Rheinschiffsregisters oder dem Deutschen Binnenschiffahrtsbüro als geeignet bezeichnet ist.

§ 5

Versicherungsdauer

1. Die Versicherung beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem die Güter am Absendungs- oder Beförderungsort zum Zwecke der unverzüglichen Beförderung auf der versicherten Reise von der Stelle, an der sie hierfür bereitgestellt sind, entfernt werden. Die Versicherung endet mit dem Zeitpunkt, in dem die Güter am Ablieferungsort an die Stelle gebracht sind, die der Empfänger zu ihrer vorläufigen Aufbewahrung bestimmt hat, spätestens mit dem Ablauf des Werktages, der auf den Tag der Ausladung aus dem letzten anbringenden Transportmittel folgt.
2. Die Versicherung ruht während eines von dem Versicherungsnehmer veranlaßten Aufenthalts der Güter. Bei anderem Aufenthalt der Güter ruht die Versicherung, wenn er im Einzelfall länger als 30 Tage dauert, nach Ablauf dieser Frist.
3. Im übrigen gelten die Vorschriften des Gesetzes über den Versicherungsvertrag (VVG) über Gefahrenerhöhung; jedoch findet § 142 VVG keine Anwendung.

Versicherungswert

1. Als Versicherungswert der Güter gilt der gemeine Handelswert und in dessen Ermangelung der gemeine Wert, den die Güter am Orte der Absendung bei Beginn der Versicherung haben unter Hinzurechnung der Versicherungskosten sowie derjenigen Kosten, die bis zur Annahme der Güter durch den Frachtführer entstehen. Dieser Wert gilt auch bei Eintritt des Versicherungsfalles als Versicherungswert.

2. Darüber hinaus können versichert werden:

- die Kosten der Reise, insbesondere die Fracht und die Kosten am Ablieferungsort einschließlich Zölle,
- imaginarer Gewinn, wenn das Interesse des Käufers versichert ist, ohne besondere Vereinbarung bis zur Höhe von 10% des Versicherungswertes der Güter und der nach a) versicherten Kosten.

Grenzen der Haftung

1. Der Versicherer haftet für den während der versicherten Reise entstandenen Schaden nur bis zur Höhe der Versicherungssumme. Für die Erstellung von Aufwendungen gelten die §§ 63, 144 VVG.

2. Ist im Falle großer Havarie der Beitragswert höher als die Versicherungssumme, so haftet der Versicherer für den Beitrag zur großen Havarie nur im Verhältnis der Versicherungssumme zum Beitragswert.

Prämie

1. Die Prämie, Ausfertigungsgebühr und Versicherungssteuer sind mangels anderer Vereinbarung gegen Aushändigung des Versicherungsscheines in der Währung der Versicherungssumme die Inkassostelle zu zahlen. Ist die Prämie zur Zeit des Eintritts des Versicherungsfalles nicht gezahlt, so ist der Versicherer mangels anderer Vereinbarung von der Verpflichtung zur Leistung frei.

2. Dem Versicherer gebührt im Falle einer durch die Versicherung gedeckten Gefahrerhöhung (z. B. erhebliche Reiseverzögerung, Umweg) eine angemessene Zuschlagprämie.

Obliegenheiten

1. Die von dem Versicherungsnehmer vor, bei oder nach dem Abschluß des Versicherungsvertrages zu erfüllenden Obliegenheiten und die Folgen ihrer Verletzung regeln sich, falls nichts anderes vereinbart ist, nach den Vorschriften des VVG; jedoch findet § 142 VVG keine Anwendung. In Betracht kommen insbesondere die Vorschriften der §§ 16—32 VVG (Anzeigepflicht, Gefahrerhöhung usw.).

2. Der Versicherungsnehmer hat im Versicherungsfall unverzüglich dem Versicherer Anzeige zu machen und den zuständigen Havarie-Kommissar hinzuzuziehen, bei Beförderungen zu Lande und bei Postsendungen jedoch nur, sofern dessen Hinzuziehung vereinbart ist. Der Versicherungsnehmer hat weiterhin folgende Vorschriften zu beachten:

- Auskunftsspflicht (§ 34 VVG),
- Rettungspflicht (§ 62 VVG),
- Wahrung von Ersatzansprüchen (§ 67 VVG).

3. Der Versicherungsnehmer hat die Zustimmung des Versicherers zur Aufmachung der Dispache durch den Schiffer oder Schiffseigner einzuholen (§ 87 Binnenschiffahrtsgesetz). Die Dispache darf von dem Versicherungsnehmer nicht ohne Zustimmung des Versicherers anerkannt werden, ebensowenig dürfen Einschüsse oder endgültige Beiträge ohne Zustimmung des Versicherers sichergestellt oder geleistet werden.

4. Zum Schadensnachweis sind folgende Belege zu beschaffen:

- die Faktura (Original), Beförderungspapiere (Original-Frachtbrief, -Ladeschein und dergleichen),
- Bericht des zuständigen Havarie-Kommissars,
- Bescheinigung des Transportunternehmens, in dessen Gewahrsam sich das Gut bei Eintritt des Versicherungsfalles befunden hat, nämlich:
 - bei Eisenbahntransporten die bahnamtliche Bescheinigung,
 - bei Postsendungen die postamtliche Bescheinigung,
 - bei Transporten mit Kraftfahrzeug oder Fuhrwerk ein Bericht des Fahrzeugführers mit einer Stellungnahme des Unternehmers,
 - bei Transporten auf Binnengewässern ein Unfallbericht des Schiffers,
 - bei Transporten mit Luftfahrzeugen ein Bericht des Luftverkehrs-Unternehmens,
 - bei Lagerungen ein Bericht des Lagerhalters,
- eine Berechnung des Gesamtschadens,
- schriftliche Abtretungserklärung des aus dem Beförderungsvertrage Berechtigten an den Versicherer.

5. Verletzt der Versicherungsnehmer eine der in Absatz 2 bis 4 vorgeschriebenen Obliegenheiten, so ist der Versicherer von der Verpflichtung zur Leistung frei, es sei denn, daß die Verletzung nicht auf Verschulden beruht. § 6 VVG findet keine Anwendung.

Verschulden des Versicherungsnehmers

1. Der Versicherer ist von der Verpflichtung zur Leistung frei, wenn der Schaden von dem Versicherungsnehmer, dem Absender oder Empfänger vorsätzlich oder grobfahrlässig verursacht wird.

2. Leistungsfreiheit tritt auch dann ein, wenn dem Versicherungsnehmer bei den Verhandlungen über die Ermittlung der Entschädigung eine arglistige Handlung zur Last fällt.

Entschädigung

1. Der Entschädigungsanspruch ist vom Versicherer innerhalb eines Monats, nachdem er ihn anerkannt hat oder eine darüber ergangene gerichtliche Entscheidung rechtskräftig geworden ist, zu befriedigen. Vor Ablauf dieser Frist besteht für den Versicherer keine fällige Verpflichtung zur Zahlung. Entschädigungsansprüche sind grundsätzlich in der Währung der Versicherungssumme zu befriedigen. In fremder Währung geleistete Aufwendungen und Havarie-grosse-Beiträge werden zum Kurse des Zahlungstages in die Policenwährung umgerechnet.

2. Ist aus Anlaß des Schadens eine polizeiliche oder strafrechtliche Untersuchung gegen den Versicherungsnehmer eingeleitet, so kann der Versicherer die Zahlung bis zum Abschluß der Untersuchung verweigern.

3. Der Versicherer ist von der Verpflichtung zur Leistung frei, wenn der Anspruch auf die Leistung nicht innerhalb von 6 Monaten gerichtlich geltend gemacht wird. Die Frist beginnt, nachdem der Versicherer dem Versicherungsnehmer gegenüber den erhobenen Anspruch schriftlich abgelehnt hat.

Sachverständigenverfahren

1. Im Streitfall ist die Höhe des Schadens durch Sachverständige festzustellen.

2. Der Versicherer (bei Mitversicherern der führende Versicherer) und der Versicherungsnehmer haben unverzüglich je einen Sachverständigen zu ernennen und die Ernennung der gegnerischen Partei mitzuteilen. Die Partei, welche ihren Sachverständigen bekanntgegeben hat, kann die säumige Partei schriftlich unter Mitteilung der Folge der Unterlassung auffordern, ihren Sachverständigen innerhalb zweier Wochen nach Zugang der Aufforderung zu bestimmen. Unterbleibt die Ernennung, so kann die auffordernde Partei den gegnerischen Sachverständigen durch die für den Versicherer zuständige Handelskammer ernennen lassen. Können die Sachverständigen sich über die Feststellung nicht einigen oder wünschen sie von Anfang an die Mitwirkung eines dritten Sachverständigen, so ernennen sie gemeinschaftlich diesen Sachverständigen als Obmann, mit dem zusammen sie nach Stimmenmehrheit zu entscheiden haben. Erfolgt keine Einigung über die Person des Obmannes, so wird derselbe durch die für den Versicherer zuständige Handelskammer bestimmt.

3. Die Ablehnung eines Sachverständigen richtet sich nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung.

4. Die Sachverständigen besichtigen den Schaden, stellen ihn fest und erstatten hierüber ein schriftliches Gutachten. Zu der Besichtigung sind, soweit tunlich, die Beteiligten hinzuzuziehen.

5. Die von den Sachverständigen getroffene Entscheidung ist nicht verbindlich, wenn sie offenbar von der wirklichen Sachlage erheblich abweicht. Die Feststellung erfolgt in diesem Fall durch gerichtliches Urteil.

6. Jede Partei trägt die Kosten ihres Sachverständigen; die Kosten des Obmannes tragen beide Parteien zur Hälfte.

Schlußbestimmungen

1. Soweit nach dem Versicherungsvertrage die Kenntnis oder das Verhalten des Versicherungsnehmers von rechtlicher Bedeutung ist, kommen in gleicher Weise auch die Kenntnis und das Verhalten des Versicherten, ihrer Repräsentanten und derjenigen in Betracht, die von ihnen damit betraut worden sind, rechtserhebliche Tatsachen an ihrer Stelle zur Kenntnis zu nehmen oder dem Versicherer zur Kenntnis zu bringen.

2. Ist der Versicherungsvertrag für mehrere Transporte oder auf Zeit abgeschlossen, so ist der Versicherer berechtigt, den Versicherungsvertrag nach dem Eintritt eines Versicherungsfalles zu kündigen. Die Kündigung wird 14 Tage nach Zugang wirksam. Für Güter, die bei Wirksamwerden der Kündigung unterwegs sind, bleibt die Versicherung bis zu dem Zeitpunkt in Kraft, der für das Ende oder — bei Aufenthalt der Güter — für das Ruhen des Versicherungsschutzes nach § 5 maßgeblich ist.

3. Für Streitigkeiten aus dem Versicherungsvertrage sind die Gerichte des Ortes, an dem der Versicherer — bei mehreren Versicherern der in der Police als führend bezeichnete Versicherer — seine Hauptniederlassung hat, zuständig.